

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlich: Rudolph Dethlefs  
Verlagsredaktion: Dethlefs  
Postfach 10 1/2, Postfach 10 1/2  
Postfach 10 1/2, Postfach 10 1/2

Bezugspreis vom 1. Juli 1930 bei gleichzeitiger Zahlung für Juni 1930  
Bezugspreis für Monat Juli 1.40 RM, einjähr. 90 RM, halbjähr. 48 RM  
Einzelhefte 20 Pf., unterhalb 25 Pf., bis 90 mm breite Heftmaschine 200 Pf., unterhalb 200 Pf.  
Offenlegungsgeld 20 Pf. Nachträgliche Aufträge gegen Vorauszahlung

Draht- u. Verlags-Verkehr  
Dresden, Postfach 10 1/2, 1068 Dresden  
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung  
(Dresden, Nachr.) Verlags-Verkehr  
Schriftsätze werden nicht aufbewahrt

## Drohungen und Lockrufe aus Paris

### Einmischung in deutsche Dinge

#### Was Panuropa uns schenken soll

Drahtbericht unseres Pariser Korrespondenten

Paris, 7. Juli. Mit zahllosen Ubertreibungen und Entstellungen der Vorfälle im Rheinland geht die schamlose Verheerung der französischen öffentlichen Meinung gegen Deutschland weiter, ein ausgezeichnetes Vorpiel für Briand's Europa-Föderation. Das traurigste ist, daß gewisse Äußerungen der deutschen Presse selbst den Franzosen das willkommene Stichwort gebracht haben.

So werden Äußerungen der „Kölnischen Zeitung“ und besonders des „Vorwärts“, man habe den Franzosen im Rheinland die Handhabe gegeben, Deutschland einer neuen Vertragsverletzung zu beschuldigen, mit Freude aufgegriffen.

und gehen seit gestern durch die ganze französische Presse. Gewöhnlich über die Vorfälle am Quai d'Orsay besonders gut unterrichtete Politiker erklären denn auch, Briand habe in seiner letzten Unterredung mit dem deutschen Vizekonsul gegen das Verhalten der deutschen Behörde im Rheinland protestiert. Der offiziöse „Temps“ verlangt einen klaren und energiegelassen Protest der französischen Regierung, denn es handle sich bei den Vorfällen im Rheinland nicht um eine bloße innerpolitische Angelegenheit, sondern um eine Frage, die die Alliierten angehe, die nicht ohne Protest eine solche Verletzung dem gegebenen Wort gegenüber hingehen lassen könnten.

Durch eine falsche Darstellung der Vorfälle führt das offiziöse Blatt seine Leser absichtlich irre, indem es die Wiederherstellungsmassnahmen der rheinischen Bevölkerung gegen die früheren Separatisten als Vorgänge darstellt, die durch aus dem Innern und besonders dem Norden Deutschlands gesammelte Elemente hervorgerufen worden seien. Diejenigen, an denen die rheinische Bevölkerung ihren Zorn ausgelassen hat, nennt der „Temps“: „Rheinländer, die wegen ihrer hässlichen und korrekten Beziehungen den französischen Befehlshaber den gegenüber verdächtigt worden seien.“ Die mit französischer Unterstützung und mit französischem Geld seinerzeit begangene Verräterei der Separatisten im eigenen Vaterland wird hier also als korrekt bezeichnet. Noch viel weitergehende Enthüllungen über Einmischungsversuche des französischen Außenministers in rein deutsche Angelegenheiten macht heute der Außenpolitiker des „Echo de Paris“, Briand habe, so berichtet er, schon vor etwa einem Monat, als er von dem beabsichtigten

der schleierhaften Sprache, denen sich Briand von jeher bei seinen Versprechungen zu bedienen pflegte, auf deren unsicherer Grundlage die ganze Stresemannsche Außenpolitik aufgebaut war.

#### Die Antwort der Wilhelmstraße

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 7. Juli. Wegen der Ausschreitungen gegen die Separatisten im Rheinland hat bekanntlich ein Gespräch zwischen dem deutschen Vizekonsul in Paris und dem französischen Außenminister Briand stattgefunden. Eine Note ist nicht überreicht worden. Auch ist kein offizieller Protest erfolgt. Die deutsche Regierung steht auf dem Standpunkt, daß nichts geschehen sei, durch das sie die Amnestieabkommen verletzt habe. Im übrigen könne es nicht verwunderlich sein, daß die neu ins besetzte Gebiet eingerückten Polizeikräfte der Lage nicht sofort gewachsen gewesen wären, da die Beamten in den Städten des besetzten Gebietes ja noch völlig fremd gewesen seien. Dadurch sei es wohl auch in erster Linie zu erklären, daß es hier und da zu Ausschreitungen kommen könnten. Ueber Schadenersatz, der an die Separatisten zu zahlen wäre, stände nichts im Amnestieabkommen.

Berlin, 7. Juli. Die Mitteilung des „Echo de Paris“, daß der französische Vizekonsul in Berlin de Margerie

in Berlin vorstellig geworden sei, als der Besuch des Reichspräsidenten von Hindenburg im nunmehr befreiten Gebiet erörtert wurde, wird in der Form, wie sie die französische Zeitung wiedergegeben hat, dementiert. de Margerie hat mit dem Auswärtigen Amt zwar verschiedene Besprechungen gehabt, die im Zusammenhang mit der bevorstehenden Rheinlandräumung standen. Dabei ist aber der Name des Reichspräsidenten nicht gefallen, geschweige denn hat der französische Vizekonsul irgendwelche Einwände gegen die Rheinlandreise des Reichspräsidenten erhoben, wozu er im übrigen gar nicht legitimiert gewesen sein dürfte. Bekanntlich darf sich auch der Reichspräsident im deutschen Hoheitsgebiet bewegen, wie und wo es seinen Wünschen entspricht.

#### Die Saarverhandlungen abgebrochen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 7. Juli. Die seit Monaten in Paris laufenden Saarverhandlungen haben, wie bereits des öfteren angekündigt, nunmehr das erwartete Ergebnis erster Klasse gefunden. Zwischen den beiderseitigen Delegationsführern, auf deutscher Seite dem Staatssekretär a. D. von Simon, auf der französischen Seite dem französischen Handelsminister Fernot, ist ein Kommuniqué vereinbart worden, in dem festgelegt wird, daß „in gewissen sehr wesentlichen Fragen erukete Meinungsverschiedenheiten festgestellt worden seien und daß man deshalb zu dem Entschluß gekommen wäre, die Verhandlungen zu suspendieren.“ In der Zwischenzeit soll geprüft werden, ob eine erfolgsversprechende Wiederaufnahme der Verhandlungen im Oktober möglich sein wird.

## Am die Regierungsbildung in Sachsen

### Abgebrochene Verhandlungen

In den heutigen Verhandlungen der nichtmarxistischen Parteien um die Regierungsbildung in Sachsen waren die Vertreter sämtlicher bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Demokraten und der Volkspolitischen Reichsvereinigung erschienen. Die Verhandlungen wurden nach einer Stunde abgebrochen, weil die Nationalsozialisten die Forderung aufstellten, daß die Ministerkabinette um 50 Prozent herabgesetzt werden müßten. Die anderen Fraktionen müßten zu dieser Forderung der Nationalsozialisten erst Stellung nehmen. Die Verhandlungen werden am Mittwoch fortgesetzt.

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei für den Bezirk Zwickau veröffentlicht einen Aufruf, in dem es u. a. heißt: „Angeht es der durch den Ausgang der Landtagswahl geschaffenen politischen Situation in Sachsen ist der Parteivorstand der Meinung, daß die Sozialdemokratische Partei genau wie vor der Landtagswahl bereit sein muß, auf der Grundlage des von ihr vor der Landtagswahl aufgestellten Mindestprogramms, in dem die im Interesse der notleidenden werktätigen Volksschichten notwendigen Forderungen niedergelegt worden sind, die Regierung zu übernehmen und einen Kandidaten für den Ministerpräsidentenposten vorzuschlagen.“ Hierzu bemerkt die koalitionsfreundliche „Zwickauer Volkszeitung“, daß es sich bei dem vor der Landtagswahl aufgestellten sozialdemokratischen Programm nicht um ein Mindestprogramm, sondern um ein Verhandlungsprogramm handle. So hätten es die Landesinstanzen seinerzeit mit Mehrheit beschlossen.

Der Vertrauensauschuss der Demokratischen Partei des Wahlkreises Leipzig ist am Sonntag unter dem

Vorsitz von Geheimrat Professor Dr. Walter Goeck zur Besprechung der politischen Lage im Reich und in Sachsen zusammengetreten. Nach Referaten des Landtagsabgeordneten Claus und des Staatsministers a. D. Professor Dr. Koppelt wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen: „Die Demokratische Partei war die einzige Partei, die den Wahlkampf mit klarer staatspolitischer Einstellung geführt und die für Sachsen allein mögliche Regierungsform, die Große Koalition, gefordert hat. Sie richtet an alle für diese Kräfteverbände in Frage kommenden Parteien die Aufforderung, sich unverzüglich für die Schaffung einer arbeitsschöpfenden Regierung zur Verfügung zu stellen. Die Demokratische Partei lehnt alle Experimente mit staatsfeindlichen radikalen Gruppen auf das bestimmteste ab.“

Der Landesführer Vasse der Volkspolitischen Reichsvereinigung hat auf die zweite Einladung zur Teilnahme an einer erneuten Vorgesprächung über eine Regierungsbildung der nichtmarxistischen Parteien ein neues Schreiben an den deutschnationalen Landtagsabgeordneten Dr. Eckardt gerichtet, in dem er mittelst, daß er nach den Beschlüssen des Landesauschusses der Volkspolitischen Reichsvereinigung in Sachsen, der am Sonntag tagte, auch jetzt nicht in der Lage sei, der Einladung zu vorbereitenden Regierungsbesprechungen Folge zu leisten. In der Frage der Regierungsbildung im allgemeinen wird in dem Schreiben bemerkt, daß die volkspolitischen Abgeordneten ihre Entscheidungen nicht nach Parteikonstellationen richten werden, sondern nach den Persönlichkeiten, die zur Übernahme der einzelnen Ämter in Vorschlag gebracht werden.

## Der Bauernmarsch auf Helsingfors

### Finland erdroffelt den Kommunismus

Helsingfors, 7. Juli. In den Abendstunden zogen von allen Seiten nicht enden wollende Automobilscharen der Lapualente in Helsingfors ein. Stark bedeckt mit finnischen Fahnen und lannengeschmückt führen die Autokolonnen, von Motorradfahrern geführt, in die Stadt. Einzelne Kolonnen hatten bis über 700 Kilometer zurückgelegt. Auf den Parkplätzen in den verschiedenen Teilen der Stadt herrschte militärische Ordnung. In Kompanien und Bataillonen stellten sich die Lapualente auf. Nach kurzer Meldung beim Bataillonskommandeur wurden die Kompanien in ihre Quartiere entlassen.

Den Zug machen in der Hauptsache nur ältere Leute mit. Unter 24 Jahren ist kein Teilnehmer, um Zusammenstöße aus jugendlichem Leichtsin zu vermeiden.

Bauern im Sonntagssrock, zum Teil in hohen Stiefeln, viele mit Tornistern, als einziger Zeichen die blau-schwarze Lapua-Binde um, durchzogen in Kolonnen und kleinen Gruppen die Straßen. Sonderpatrouillen sorgten für Ordnung. Am Sonntag sind 1000 Automobile angekommen, am Montag werden noch 500 eintreffen. Der Rest der Lapualente kommt in Sonderzügen an.

Seit Sonntag abend hat man das starke Empfinden, daß neben der offiziellen Regierung eine Lapua-Regierung besteht, in deren Händen die tatsächliche Macht liegt.

Irgendwelche Zwischenfälle haben sich nicht ereignet, doch ist die Erregung zweifellos sehr groß. Von mancher Seite werden Zweifel ausgedrückt, ob die Lapualente nicht auch nach Beendigung der vorgeesehenen Feiern in Helsingfors bleiben, um einen Druck auf die Regierung ausüben zu können.

Die Regierung hat einen Erlaß ausgegeben, in dem sie zu dem Marsch der Lapualente auf Helsingfors erklärt, diese Demonstration beweise, daß außerordentliche Maßnahmen notwendig seien. Die Regierung arbeite auf das gleiche Ziel hin wie die Lapualente, nämlich darauf,

den Kommunismus in Finland zu erdroffeln, und verlange deshalb, daß jedes eigenmächtige Vorgehen unterbleibe. Die Regierung hat einige kommunistische Gewerkschaftshäuser schließen lassen, ferner hat sie alle Lapua-Forderungen auf Verhaftungsbefehle gegen kommunistische Abgeordnete erfüllt. Allerdings ist es bisher noch nicht gelungen, die Verhaftung der kommunistischen Abgeordneten zu verwirklichen, da sich die Abgeordneten verborgen halten.

### Drei neue Todesopfer in Lübeck

Lübeck, 7. Juli. Die das Lübecker Gesundheitsamt am Montag mitteilt, hat sich die Zahl der Todesopfer unter den mit dem Calmette-Präparat genährten Säuglingen von Sonnabend bis Montag um drei weitere Fälle auf 58 erhöht. Ganz lud noch 66 Säuglinge.

Besuch des Reichspräsidenten  
Im besetzten Rheinland gehört habe, den französischen Vizekonsul in Berlin beauftragt, im Interesse der deutsch-französischen Beziehungen auf eine Verschönerung der Reise und noch besser auf völligen Verzicht auf dieselbe in Berlin hinzuwirken. Der Vizekonsul habe dementsprechend in Berlin im Auftrag des Quai d'Orsay geltend gemacht, daß im Jahre 1917 weber der Präsident Thiers noch der Marschall Mac Mahon die von den deutschen Truppen geräumten Gebiete besucht hätte. Deutscherseits habe man darauf nach Anhörung Hindenburgs erwidert, zwischen der deutschen Besetzung von 1871 und der französischen Besetzung des Rheinlandes bestehe keinerlei Ähnlichkeit. Die erste sei eine direkte Folge des Krieges mit Waffen gewesen, während die Rheinlandbesetzung mit dem militärischen Ausgang des Weltkrieges direkt nichts zu tun habe, sondern nur die Folge des Waffenstillstandes, also eines politischen Alles sei.

Natürlich sind die unmittelbaren Nachwirkungen der Räumung den europäischen Föderationspolitikern hier im Grunde höchst unbequem. In einem Artikel über die Idee der europäischen Föderation versucht dann auch der Außenpolitiker des „Matin“ als der berufene Sprecher Briand's, Panuropa den Deutschen trotz allem schmackhaft zu machen und durch

ein seltsames Gemisch von Drohungen und Versprechungen

als den einzigen Ausweg aus der gegenwärtigen kritischen Lage erscheinen zu lassen. Das bisherige Ergebnis des Briand'schen Memorandums ist nach seiner Darstellung vorläufig dieses: Die neutralen Staaten sind bereit, unter gewissem Vorbehalt mitzuwirken. Die kleine Entente und Polen sind ebenfalls bereit, unter der Bedingung, daß keinesfalls an den bestehenden Verträgen getübelt werden darf. Das alles ist zwar ermutigend, aber wenn das neue Gebäude der europäischen Föderation dauerhaft werden soll, dann muß sich Frankreich mit einer oder mehreren Großmächten verständigen. Aber auf die aktive Mitwirkung Englands kann man leider nicht zählen, noch viel weniger auf Italien.

Somit ist es klar, daß nur eine deutsch-französische Verhandlung als Grundlage für die europäische Föderation dienen kann.“

Frankreich braucht also Deutschland, und der „Matin“ fletzt darum folgende Lockspeise an: „Frankreich ist der einzige Staat, der 1. Deutschland finanziell unterstützen kann, 2. ihm helfen kann, durch freundschaftliches Abkommen mit Amerika ein besseres Reparationsregime zu erhalten, 3. ihm einen vernünftigen militärischen „Statu“ verschaffen kann, der eines großen Landes würdig ist, als der gegenwärtige Zustand, 4. ihm in den Grenzen des Möglichen die Ununterbrochenheit seiner Verbindungen zu Österreich zurückgeben kann.“

All das ist an sich schon reichlich undeutlich ausgedrückt, besonders aber die beiden letzten Punkte zeigen die Merkmale